

**Hartmut-Emanuel Kayser (Berlin)**

**Juristische Auseinandersetzungen um  
Großvorhaben in Brasilien – vom Scheinargument  
der angeblichen Internationalisierung Amazoniens**

**1 Einleitung**

Brasilien gehört zu den Staaten, die im weltweiten Vergleich in den letzten Jahrzehnten die dynamischsten Entwicklungen durchlaufen haben. Dies gilt nicht nur auf der politischen Ebene, auf der seit Mitte der achtziger Jahre die Wandlung von einer Militärdiktatur zu einer der größten Demokratien der Welt gelungen ist, sondern trifft auch für zahlreiche andere Gebiete zu. Im ökonomischen Bereich hat Brasilien den Sprung vom Entwicklungsland mit ungünstigen Rahmendaten zum Schwellenland, zu einer der sechs größten Volkswirtschaften der Welt und zum globalen Akteur vollzogen. Im Rahmen der genannten dynamischen politischen und ökonomischen Entwicklungen wurden und werden zahllose Großprojekte geplant und auch verwirklicht.<sup>1</sup>

Den rechtlichen Rahmen für die Beurteilung der Zulässigkeit von Großprojekten wie etwa den Bau von Wasserkraftwerken, Staudämmen, Stauseen, Bundes- und Landstraßen, Überlandleitungen, Bahnlinien, den Bergbau oder auch die Einrichtung neuer Munizipien bilden die demokratische Verfassung von 1988, die von Brasilien übernommenen völkerrechtlichen Verpflichtungen sowie das nachrangige unterkonstitutionelle brasilianische Recht. Die Auseinandersetzungen um die rechtlichen Voraussetzungen, d.h. um die Erfüllung der juristischen Anforderungen an die Großprojekte, werden in administrativen Verfahren und vor sämtlichen gerichtlichen Instanzen mit großer Intensität geführt. Hierbei bedienen sich die Parteien sowie die administrativen und judikativen Entscheider der in der juristischen Methodenlehre anerkannten Methoden der juristischen Exegese.

Am Rande dieser juristischen Auseinandersetzungen um die Zulässigkeit von Großvorhaben und der in ihrem Rahmen stattfindenden Kontroversen um die richtige Interpretation des Rechts wurden je-

---

<sup>1</sup> Die folgenden Ausführungen sind dem Jubilar, dem großen Romanischen Philologen Helmut Siepmann, gewidmet.

doch in den letzten Jahrzehnten verstärkt nicht-juristische Argumente in den Disputen verwendet.

Hierbei wird vor allem das Argument der vermeintlichen Gefahr der Internationalisierung Amazoniens und der Einschränkung der staatlichen Souveränität Brasiliens ins Spiel gebracht.

Dieser Beitrag wird versuchen, beispielhaft anhand des letzten Verfassungsgebungsprozesses sowie anhand des Falles Belo Monte zu skizzieren, wann, zu welchen Zeitpunkten, von welchen Akteuren und mit welcher Intention das Argument der vermeintlichen Internationalisierung Amazoniens und der dadurch entstehenden Gefährdung der nationalen Souveränität Brasiliens am Rande der juristischen Auseinandersetzungen bemüht wird.

## **2 Die Warnung vor der vermeintlichen Internationalisierung Amazoniens**

### **2.1 Die Internationalisierung Amazoniens in der Verfassungsgebenden Nationalversammlung von 1987/1988**

Die brasilianische Verfassung von 1988 markiert das förmliche Ende der Militärdiktatur. Mit ihr erfolgte die Abkehr von den Verfassungen des Militärregimes von 1967 und 1969, zudem wurde durch sie der in ihrer Präambel deklarierte Aufbau eines demokratischen Staates begonnen. In der Verfassungsgebenden Nationalversammlung von 1987/88 wurde in zahlreichen Kommissionen, Subkommissionen und in einer die Ergebnisse dieser vereinheitlichenden Systematisierungskommission in zwei Lesungen beraten und beschlossen. Dabei handelte es sich um einen offenen Verfassungsprozess, der im Gegensatz zu den geheimen Beratungen der Militärdiktatur stand und in dem die Beratungen und Abstimmungen sofort publiziert wurden sowie *emendas populares*, d.h. vom Volk eingebrachte Änderungsvorschläge zulässig waren. Außerdem bestand ein grundsätzlich freier Sitzungszugang für jedermann. Die Arbeiten der *Constituinte* fanden somit in einem starken, direkten und konstanten Dialog mit der brasilianischen Gesellschaft statt. Auch die Aktivitäten von zu registrierenden Lobbyisten waren aus Gründen der Transparenz ausdrücklich genehmigt worden (Eugster 1995: 128-130, 335; Paul 1989: 200).

Bestimmte Regelungsbereiche der Verfassungen waren Gegenstand massiver Aktivitäten starker Interessengruppen (Eugster 1995:

185-187, 200, 314). Hierzu gehörten einerseits die indigenen Rechte – insbesondere, soweit sie die Rechte an ihrem traditionellen Land betrafen – und die möglichst weitgehenden Rechte zum Bergbau durch private und staatliche Unternehmen andererseits, die diese indigenen Landrechte faktisch entwerten (Santilli 1993: 145). Die indigene Bevölkerung Brasiliens verfügte in der Verfassungsgebenden Nationalversammlung, anders als im vorangegangenen Parlament, über keinen einzigen direkten Vertreter. Auf der anderen Seite standen die Bergbauindustrie, die diese aktiv unterstützende Exekutive, d.h. die Regierung des amtierenden Präsidenten José Sarney, der bereits während der Militärdiktatur hohe Ämter bekleidet hatte, sowie die mit dieser verbundenen Gruppierungen der Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung.

Zwar hatte die zuvor vom Präsidenten eingesetzte provisorische Kommission für Verfassungsstudien in ihren Entwurf eine Regelung aufgenommen, nach der

die Erforschung und Ausbeutung von Erzen nur durch die Union bei Vorliegen eines relevanten nationalen Interesses, welches von dem Kongress in jedem einzelnen Falle festzustellen ist, sofern keine anderen und für den inländischen Konsum hinreichenden, ausbeutbaren Stätten auf nationalem Gebiet vorhanden sind, zulässig (Kayser 2009: 221)

sein sollte.<sup>2</sup> Der Grund hierfür waren die erfahrungsgemäß verheerenden Auswirkungen des Bergbaus für die physischen und psychischen Lebensgrundlagen der Indigenen. Die insoweit inhaltsgleichen Entwürfe der zuständigen Subkommission für indigene Bevölkerungen und der zuständigen Kommission für Sozialordnung sowie der Systematisierungskommission machten sich den Entwurf der provisorischen Kommission zu eigen (CPI 1989: 11, 14, 18).

Der *Partido do Movimento Democrático* (Partei der Demokratischen Bewegung – PMDB), die stärkste Partei der ersten freien Wahlen, hatte gar auf seinem ersten Kongress im August 1986 eine Entschließung verabschiedet, nach der allein Indigenen die Ausbeutung der Bodenschätze zustand. Die Kirchen, die Gewerkschaften, die indigenen Organisationen und die Hilfsorganisationen mit indigenen Anliegen sowie einige weitere Vereinigungen hatten einen inhaltsgleichen Beschluss in ihr

---

2 Die Union ist die juristische Person öffentlichen Rechts, welche im brasilianischen Innenverhältnis (gegenüber den Staaten, dem Föderaldistrikt und den Municipien) das Föderative Element sowie im Außenverhältnis gegenüber anderen souveränen Staaten die Föderative Republik von Brasilien vertritt, vergleiche Art. 18 der Verfassung Brasiliens von 1988.

Minimalprogramm (*programa mínimo*) aufgenommen. (Kayser 2009: 219)

Die Landrechte der Indigenen stellten den zentralen Punkt der Interessen der Wirtschaftslobby und der sie unterstützenden Kreise innerhalb der entstehenden Verfassungsvorschriften über die Indigenen dar. Zugleich bildeten sie eines der kontroversesten Themen der *Constituinte* überhaupt (Santilli 1993: 145). Die vom Präsidenten der Republik kontrollierte Exekutive in Form der Indianerschutzbehörde FUNAI versuchte – entgegen diesen eindeutigen Entwicklungen in der Legislative und entgegen der damals noch geltenden Rechtslage –, mit der Verordnung FUNAI / DNPM/01 Portaria vom 18.05.1987 vollendete Tatsachen zu schaffen. Aufgrund dieser Verordnung konnten zahlreiche Erkundungs- und Abbauvorhaben in indigenen Gebieten genehmigt werden (Kayser 2009: 224).

Im Juli 1987 wurden bei der Systematisierungskommission zwei unterschiedliche – von den indigenen Organisationen bzw. Hilfsorganisationen mit indigenem Anliegen initiierte und von knapp 45.000 Bürgern unterzeichnete – *emendas populares* eingereicht. Diese entsprachen dem Vorentwurf der Systematisierungskommission bzw. verboten jegliche Bergbauaktivitäten auf indigenen Gebieten, sofern sie nicht von Indigenen in nicht industrieller Form vorgenommen wurden (CPI 1989: 11-18).

Die Entwürfe der beiden *emendas populares* fanden jedoch keine Berücksichtigung in der Arbeit der Systematisierungskommission. Ihr Berichterstatter legte Anfang August 1987 eine überarbeitete Fassung der zusammengefassten *Anteproyectos* der Kommissionen, den sogenannten “Substitutivo I” vor. Hierin erfolgte hinsichtlich der die Indigenen betreffenden Vorschriften eine überraschende und substantielle Änderung gegenüber allen vorangegangenen Entwürfen. Die “Ausbeutung der auf indigenen Gebieten gelegenen mineralischen Reichtümer” (Artikel 302 § 2 des Substitutivo I) sollte nunmehr nicht bloß der Union vorbehalten, sondern durch jede Art von Gesellschaft – national oder international, staatlich oder privat – nach Genehmigung der betroffenen Indigenen und des Kongresses und unter Verpflichtung zur Zahlung einer per Gesetz festzulegenden prozentualen Beteiligung der Indigenen möglich sein (CPI 1989: 18).

Dieser überraschenden Abkehr von den bisherigen Entwürfen der Kommissionen und der Umformulierung gemäß den Vorstellungen der Bergbauunternehmen und der Exekutive, die sich bis dahin in

keinem der Fachausschüsse hatte durchsetzen können, folgten wenig später Anschuldigungen vonseiten der Medien. Es wurde behauptet, dass die Indigenen und die ihnen verbundenen Organisationen eine Konspiration gegen Brasilien planten. Ab dem 09.08.1987 wurden in der ältesten – seit 1875 existierenden – “traditionalistisch-konservativen” brasilianischen Tageszeitung *O Estado de S. Paulo* während einer Woche täglich mehrseitige Berichte veröffentlicht, die über das Thema “Die Indios in der neuen Verfassung – Konspiration gegen Brasilien” informieren sollten. Wesentlicher Inhalt der Serie war die Anschuldigung, dass eine internationale Verschwörung gegen Brasilien vorläge. Diese nutze den Vorwand der Verteidigung indigener Interessen, um die Herauslösung eines großen Teils Amazoniens aus dem brasilianischen Staatsgebiet und die Gründung eines eigenen Staates bzw. die Internationalisierung Amazoniens zu betreiben, um ausländischen multinationalen Konzernen die Ausbeutung von auf *terras indígenas* befindlichen Rohstoffen – insbesondere von Zinn – zu ermöglichen. Als Hauptakteure dieser Verschwörung wurden der *Conselho Indigenista Missionário* (CIMI – Indianermissionsrat) – ein der nationalen Bischofskonferenz Brasiliens untergeordnetes Organ – und andere Indianerschutzorganisationen benannt. Der CIMI wiederum sollte als Repräsentant eines Weltrates der Christlichen Kirchen tätig gewesen sein. Die erhobenen Vorwürfe fanden über die Medien, insbesondere einige der großen überregionalen Tageszeitungen wie *O Globo* (Rio de Janeiro), *Jornal de Comércio* (Recife), *Correio Braziliense* (Brasília) und *A Crítica* (Manaus), weitere Verbreitung (CPI 1989: 6, 27-29).

Die Anschuldigungen fielen unmittelbar in den Zeitraum der Erarbeitung des sogenannten “Substitutivo II”, des abschließenden Berichtes in Form eines Entwurfs zum Verfassungsprojekt der Systematisierungskommission.

Zwar stand die Anschuldigung, dass der CIMI ausländischen multinationalen Konzernen die alleinige Ausbeutung von Rohstoffen ermöglichen wollte, in einem deutlich erkennbaren Widerspruch zu dessen Bemühung, jegliche Abbauaktivitäten, sofern sie nicht von Indigenen in nicht industrieller Form vorgenommen wurden, zu untersagen. Auch legte die nationale Bischofskonferenz Brasiliens in Pressemitteilungen vom 10. und 14.08.1987 dar, dass die gegen den CIMI erhobenen Anschuldigungen nicht zuträfen. Daneben erklärte die Gewerkschaft der Journalisten des Bundesstaates São Paulo in

einer Stellungnahme vom 06.10.1987 ihre Besorgnis über die von den verantwortlichen Journalisten der Zeitung *O Estado de S. Paulo* während dieser "Kampagne" erfolgte "Darstellung offensichtlich gefälschter und manipulierter Dokumente als Beweis für eine angebliche Konspiration gegen Brasilien" und "weitere Verstöße gegen die Berufsethik" (CPI 1989: 27-29).

Gleichwohl beeinflussten die unberechtigt erhobenen Vorwürfe nicht nur die Meinung der Öffentlichkeit hinsichtlich der Bewertung der indigenen Frage. In der *Constituinte* führte die Berichterstattung zu erheblichen Folgen. Die durch das "Substitutivo I" überraschend und entgegen den vorangegangenen Kommissionsentwürfen wie auch der mehrheitlichen Meinung in der *Constituinte* zulasten der Indigenen eingeführten Verschlechterungen hinsichtlich der Ressourcenausbeute wurden durch das "Substitutivo II" nicht aufgehoben, sondern gar noch einmal verschärft. Die erforderliche Zustimmung der betroffenen Indigenen wurde auf eine bloße Anhörung reduziert (Artikel 261 § 2 des Substitutivo II; vgl. CPI 1989: 20).

Von der Verfassungsgebenden Versammlung wurde eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt, die die Hintergründe der Berichterstattung aufklären sollte. Die Untersuchungen widerlegten die erhobenen Vorwürfe. Bei den Dokumenten, auf denen die Berichterstattung beruhte, handelte es sich teils um Fälschungen, teils konnten die angeblichen Belege nicht vorgelegt werden. Der Weltrat der Christlichen Kirchen existierte nicht. Im Abschlussbericht wurde die Unhaltbarkeit der Anschuldigungen festgestellt. Die Zeitung *O Estado de S. Paulo* druckte eine Gegendarstellung des CIMI ab (CEDI 1987-1990: 12-13, 20-22, 48-50).

Festgestellt wurde außerhalb des Untersuchungsverfahrens jedoch die finanzielle Unterstützung des Autors eines gefälschten Protokolls, in dem der Inhalt eines – tatsächlich nicht geführten – Gesprächs mit einem Repräsentanten des CIMI wiedergegeben worden war, durch das Bergbauunternehmen mit den derzeit größten Aktivitäten in den indigenen Gebieten Brasiliens, die "Parapanema SA" (CPI 1989: 27-29).

Trotz der Erkenntnisse der Untersuchungskommission und der weiteren Enthüllungen zur Kampagne, die die angeblich geplante Internationalisierung Amazoniens als vorgeschobenes Scheinargument zur Durchsetzung der Bergbauinteressen entlarvt hatten, blieb es in den späteren Fassungen des Verfassungsentwurfs für die Abstim-

mung im Plenum bei den durch die "Substitutivos" getroffenen Festlegungen, da die Systematisierungskommission wegen Fristablaufs eine gesonderte Behandlung und Abstimmung des Kapitels über die Indigenen nicht mehr durchführen konnte.

## 2.2 Die Internationalisierung Amazoniens im Fall Belo Monte

Das Argument der Internationalisierung, d.h. die Warnung davor, dass eine Übernahme brasilianischen Territoriums durch fremde Staaten bevorstehe, wurde nach den Vorfällen in der *Constituinte* noch in zahlreichen Fällen – wie in diesem Fall – ohne jegliches Fundament und allein zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen verwendet, so etwa bezüglich der indigenen Gebiete der Yanomami und Raposa / Serra do Sol (Kayser 2009).

Das jüngste Beispiel für die Verwendung des nicht juristischen Argumentes von der vermeintlichen Internationalisierung Amazoniens und der daraus folgenden Gefahr für die Souveränität Brasiliens ist der seit Mitte der siebziger Jahre geplante, im Jahr 2011 genehmigte, aber äußerst umstrittene Bau des Wasserkraftwerks Belo Monte.

Das Wasserkraftwerk Belo Monte soll weltweit – nach dem Dreischluchten-Damm in China und dem Kraftwerk Itaipú an der Grenze Brasiliens zu Paraguay – die drittgrößte Anlage dieser Art werden. Es soll eine Leistung von elf Gigawatt besitzen und 11% des brasilianischen Strombedarfs decken. Für die Konstruktion und das Betreiben sollen etwa 40.000 Menschen umgesiedelt und zwei Stauseen von 520 km<sup>2</sup> Fläche am Seitenfluss des Amazonas, dem Xingu, nahe der im Staat Pará gelegenen Stadt Altamira, geschaffen werden. Angehörige von 18 indigenen Völkern werden durch die Umweltveränderungen, die dieses Vorhaben verursacht, mittelbar gravierend betroffen sein. Der zu erzeugende Strom soll zu einem großen Teil der regionalen Montanindustrie zugute kommen (Hoffmann 2011: 25).

Bereits seit den siebziger Jahren hatte es Planungen – damals noch zur Konstruktion eines vierfach größeren Wasserkraftwerks – gegeben. Aufgrund enormer Proteste von Indigenen und Umweltschützern und wegen Finanzierungsschwierigkeiten konnte das Projekt jedoch noch nicht verwirklicht werden (Kayser 2009: 486).

Anfang 2011 wurde die erste partielle Baugenehmigung unter Auflagen u.a. für die Umsiedlung der betroffenen Anwohner erteilt.



Dies geschah trotz großer öffentlicher Proteste gegen Belo Monte – u.a. einem von 500.000 Gegnern unterzeichnetem Aufruf –, trotz des Widerstands der Umweltbewegung und ohne Rücksicht auf Gegenstimmen in der Regierung. Bereits im Mai 2008 war die hoch angesehene brasilianische Umweltministerin Marina Silva (bei den Präsidentschaftswahlen Brasiliens im Oktober 2010 mit 19,3% die drittplatzierte Kandidatin) zurückgetreten. Zum einen wollte sie die Regierungspläne zur Erschließung der Regenwaldregion Amazoniens mit Land- und Wasserstraßen für das Agrobusiness und die Montanindustrie sowie durch den Bau neuer Staudämme wie Belo Monte – insbesondere, wenn sie Aluminiumschmelzen und dem Konsum in weit entfernten Industriegebieten bei gleichzeitiger Abholzung Amazoniens im großen Stil dienen – nicht unterstützen. Zum anderen konnte sie sich nicht mit ihrer umweltorientierten Position in der Regierung gegen den damaligen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva und seine Nachfolgerin, Dilma Rousseff, die in der Regierung Lulas das Amt der Kabinettschefin bekleidete, durchsetzen (vgl. Sá Corrêa).

Die inter-amerikanische Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten forderte am 01. April 2011 die Regierung Brasiliens offiziell auf, die Arbeiten einzustellen (MC-382-10). Begründet wurde dies u.a. damit, dass weder die betroffenen indigenen Gemeinschaften angehört noch die persönliche Integrität der isoliert lebenden Indigenen gewährleistet noch Maßnahmen zum Schutz vor Infektionskrankheiten oder zur Vermeidung einer unzulässigen Bevölkerungswanderung in die indigenen Gebiete ergriffen worden waren. Die Bundesanwaltschaft (*Ministério Público Federal*) strengte 13 verschiedene Verfahren gegen die Regierung vor den brasilianischen Gerichten wegen der Genehmigung an (PRPA 2012).

Kurz nach der Aufforderung zur Einstellung der Arbeiten an Belo Monte erklärte der brasilianische Verteidigungsminister Nelson Jobim, der zuvor Rechtsanwalt, Justizminister Brasiliens und Präsident des *Supremo Tribunal Federal* – des höchsten Bundesgerichtes – gewesen war, auf einem Seminar am 12.04.2011 öffentlich, dass Brasilien eine Internationalisierung Amazoniens nicht tolerieren werde. Irgendwelche Nachweise oder gar eine fundierte Begründung für die damit erhobene Behauptung einer Internationalisierung Amazoniens wurden von Jobim nicht vorgelegt (Governo Federal 2012).

Die Behauptung von der Gefährdung der brasilianischen Souveränität bei Nichtdurchführung des Baus Belo Montes wurden – wie



1987 – erneut von einem Teil der brasilianischen Medien wie dem dominierenden Fernsehsender “O Globo”, der angesehenen Wochenzeitung *Isto É*, der *Revista do Brasil* und auch im Internet von der *Tribuna da Imprensa* (2012) aufgegriffen.

Die Regierung Dilma Rousseff zahlte zudem ihre Beiträge zur OAS für 2011 in Höhe von 6,5 Mio. US\$ nicht, erschien entgegen ihrer Pflicht ebenso wenig zu einem von der Kommission angesetzten Erörterungstermin und drohte hinter verschlossenen Türen, sowohl die amerikanische Menschenrechtskonvention zu kündigen als auch die Organisation Amerikanischer Staaten zu verlassen (Coelho).

Ende 2012 werden – entsprechend der Baugenehmigung und trotz der Aufforderung durch die inter-amerikanische Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten, der Proteste der Betroffenen, der Indigenen und der Umweltschützer – die Bautätigkeiten weiter fortgesetzt (Globo).

### **3 Abschließende Betrachtung**

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in den vergangenen Jahrzehnten juristische Auseinandersetzungen um Großprojekte häufig von dem Argument begleitet worden sind, dass Amazonien internationalisiert und Brasilien seine dortige Souveränität verlieren werde, sofern die wirtschaftlichen Großprojekte nicht verwirklicht würden. Es handelt sich bei dieser Warnung nicht um ein seriöses Argument. Vielmehr ist die Warnung vor der Internationalisierung Amazoniens nie durch fundierte Belege untermauert worden. Vielmehr wurde etwa während der Verfassungsgebung 1987 durch eine parlamentarische Untersuchungskommission festgestellt, dass derartige damals erhobene Behauptungen nicht nur nicht belegt werden konnten, sondern gar auf gefälschten Dokumenten beruhten. Statt der juristischen oder politischen Auseinandersetzung dient der Verweis auf eine Gefahr für die territoriale Integrität oder gar die Existenz des Staates Brasilien im Zuge von wirtschaftlichen Projekten dazu, Vertreter berechtigter humanitärer oder ökologischer Anliegen, die über bessere Rechtsargumente verfügen, als unpatriotisch oder staatsfeindlich zu diskreditieren und mundtot zu machen. Im Falle der Verfassung von 1987 ist dies bezüglich der indigenen Rechte geglückt, da im Zuge der Anschuldigungen, die auf gefälschten Dokumenten beruhten, Regelungen in die Verfassung aufgenommen wurden, die

von der Mehrheit der Bevölkerung und der Mitglieder der *Constituinte* zuvor nicht gewollt waren. Dass diese Strategie auch im Falle Belo Montes funktionieren wird, erscheint beim gegenwärtigen Stand sehr wahrscheinlich.

### Literaturverzeichnis

- CPI (Comissão Pró-Índio de São Paulo) (1989): *Boletim Jurídico*, VI, 13-14, 1989, São Paulo: CPI.
- CEDI (Centro Ecumênico de Documentação e Informação/Centro Ecumênico de Documentação e Informação) (1987-1990): *Povos Indígenas no Brasil 1987/88/89/90*.
- Eugster, Markus (1995): *Der brasilianische Verfassungsgebungsprozess 1987/88*, Bern: Haupt.
- Hoffmann, Geraldo (2011): „Baubeginn eines umstrittenen Staudamms im Amazonas-Gebiet“, in: *Tópicos* 1, S. 25.
- Kayser, Hartmut-Emanuel (2009): *Os Direitos dos Povos Indígenas do Brasil. Desenvolvimento histórico e Estágio Atual*, Porto Alegre: Safe.
- Paul, Wolf (1989): *Die brasilianische Verfassung von 1988, ihre Bedeutung für Rechtsordnung und Gerichtsverfassung Brasiliens*, Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Santilli, Juliana (1993): *Os direitos indígenas e a constituição*, Porto Alegre: Núcleo de Direitos Indígenas; Fabris.

### Internetquellen

- Coelho, Luciana: „OEA cancela audiência sobre Belo Monte após Brasil se negar a ir“, in: <<http://www1.folha.uol.com.br/mercado/997180-oea-cancela-audiencia-sobre-belo-monte-apos-brasil-se-negar-a-ir.shtml>> (26.10.2011)
- Globo: „Trabalhadores retornam ao trabalho nos canteiros de Belo Monte“, in: <<http://g1.globo.com/pa/para/noticia/2012/08/trabalhadores-retornam-ao-trabalho-nos-canteiros-de-belo-monte.html>> (28.8.2012)
- Governo Federal (2012): „Brasil não vai tolerar internacionalização da Amazônia diz Jobim“, in: <<http://www.brasil.gov.br/noticias/arquivos/2011/04/13/>> (27.03.2012)
- PRPA (Procuradoria da República no Pará) (2012): „MPF recorre novamente em favor da consulta indígena de Belo Monte“, in: <<http://www.prpa.mfp.gov.br/news/2012/mpf-recorre-novamente-em-favor-da-consulta-indigena-de-belo-monte>> (27.03.2012).
- Sá Corrêa, Marcos: „Um negócio insustentável“, in: <<http://www.estadao.com.br/noticias/impresso,um-negocio-insustentavel,672145,0.htm>> (28.1.2011).
- Tribuna da Imprensa* (2012): „Críticas a Belo Monte são mais uma etapa da campanha para internacionalização da Amazônia“, in: <<http://www.tribunadaimprensa.com.br/?p=17321>> (27.03.2012)